

Maria Kiene, Referentin am Deutschen Caritasverband, Freiburg/Br.
 Direktor F. Kolbe, Gescher/Westf., Haus Hall
 Bundesminister a. D. Dr. Hans Lukaschek, Freiburg/Br.
 Direktor G. v. Mann, Ref. f. Jugendfürsorge, Deutscher Caritasverband, Freiburg/Br.
 Prof. Dr. theol. Nikolaus Monzel, Universität München
 Prof. Dr. theol. Wilhelm Neuss, Universität Bonn
 Prof. Dr. theol. Nielen, Universität Frankfurt/M.
 Prof. Dr. Hugo Rahner SJ., Universität Innsbruck
 P. Dr. Augustinus Rösch SJ., München
 Dr. phil. Angela Rozumek, Freiburg/Br.
 Prof. Dr. theol. Othmar Schilling, Kath. theol. Hochschule Paderborn
 DDr. B. Stasiewski, Leiter des kath. Bildungswerkes, Berlin
 Dr. Hugo Stenzel, Verleger, Frankfurt/Main
 Dr. Konrad Winkler, Freiburg/Br.

Dem obigen Appell des Freiburger Rundbriefkreises schließen sich die folgenden Unterzeichneten an:

gez. Pastor Lothar Ahne, Essen-Altenessen
 Dr. Maria Baum, Oberreg.-Rätin a. D., Heidelberg
 Klaus von Bismarck, Schwerte/Ruhr
 Prof. Dr. Franz Böhm, MdB [CDU], Universität Frankfurt/Main
 Dr. Hans Bornhäuser, Prälat des evangelischen Kirchenkreises Südbaden
 Prof. Dr. H. Braun, Bonn
 Dr. Adolf Freudenberg, Pfarrer, Bad Vilbel, Heilsberg
 Prof. Karl Freudenberg, Universität Heidelberg
 Prof. Dr. Lic. Helmut Gollwitzer, Universität Bonn
 Dr. Hans Kallenbach, Leiter der evangelischen Akademie in Hessen und Nassau, Arnoldshain
 Rechtsanwalt Otto Küster, Stuttgart
 Dr. Ed. Lais, Wirtschaftsminister a. D., Freiburg/Br.
 Prof. Dr. Th. Litt, Bonn
 Pfarrer Benjamin G. Locher, Wuppertal-Elberfeld
 Kreisdekan Dr. Hermann Maass, Heidelberg
 DDr. Reinold von Thadden, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages
 Prof. Dr. Ernst Wolf, Universität Göttingen

b) Eine Weltverpflichtung / Israels Recht auf Existenz

*Von Dr. Franz Böhm, MdB [CDU];
 Professor an der Universität Frankfurt/Main*

Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers und der Redaktion der „*Gegenwart*“ bringen wir den dort in Nr. 266 vom 11. 8. 1956, S. 496 ff. erstmals veröffentlichten Beitrag. (Die Red. des Rundbriefs)

Dieser Aufsatz ist vor der Zuspitzung von Suez verfaßt worden. Sein Inhalt gilt nicht machtpolitischen Konstellationen. Er betrifft eine Frage, die nicht unter dem schlechten Prinzip einer Aufteilung der Erde nach Interessensphären zum Gegenstand des Aushandelns werden darf. Um so brennender ist die Aktualität dieser Frage.

Die Redaktion der „Gegenwart“

I.

Die arabischen Staaten fordern, daß der Staat Israel verschwindet. Sie erklären, daß sie sich mit dem Staat Israel im Kriegszustand befinden, und leiten daraus

das Recht ab, den Staat Israel mit Gewalt zu vernichten. Sie werden von kommunistischen Staaten mit Waffen beliefert. Sowohl den Belieferten wie den Lieferanten ist bekannt, daß diese Waffen gegen den Staat Israel verwendet werden sollen.

Knapp elf Jahre sind vergangen, seitdem der zweite Weltkrieg sein Ende gefunden hat. Alle Staaten der Erde waren damals einig in der Ansicht, daß der Krieg hinfort kein erlaubtes Mittel zum Austrag von Interessengegensätzen zwischen Staaten mehr sein darf. Sie waren damals sogar der Meinung, daß dieser Satz bereits ein Satz des geltenden Völkerrechts geworden sei. Rußland, die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben Gerichte eingesetzt, um deutsche Politiker, Militärs und Industrielle wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges zu bestrafen, und haben solche Strafen verhängt. In der Tat war der Krieg schon vor dem zweiten Weltkrieg durch den Kellogg-Pakt geächtet, dem die meisten großen Staaten beigetreten waren. Am Ende des zweiten Weltkrieges wurden die Vereinten Nationen geschaffen mit dem Ziel, die Anwendung des Krieges als eines Mittels der Politik endgültig und für alle Zeiten unmöglich zu machen. Inzwischen sind freilich wieder eine Reihe von Kriegen, wenn auch gottlob nur lokalisierte Kriege, geführt worden. Heute aber wird von einigen Völkern bereits wieder mit einer frappanten Unbefangenheit und offenbar mit dem besten Gewissen von der Welt mit Krieg gedroht und vom Krieg gesprochen, als sei es die selbstverständlichste und natürlichste Sache in der Welt und als handle es sich dabei um ein von der Natur geschaffenes Recht der Staaten, denen irgend etwas an den gegebenen Verhältnissen nicht genehm ist. Noch verblüffender ist, daß sich kaum eine einzige offizielle Stimme in der Welt erhebt, um diesen Drohungen, diesen Absichten und diesen Auffassungen entgegenzutreten. Man respektiert vielmehr den Appell an die Gewalt, und man respektiert ihn um so entgegenkommender, je ungehemmter und erpresserischer dieser Appell ausgesprochen wird.

Nun gibt es zwar Abkommen, die Israel gegen einen kriegesischen Angriff schützen sollen. Aber bereits jetzt werden diese Abkommen von den Regierungen der bedeutendsten Staaten wieder in einer Weise interpretiert, die ihren Inhalt, ihren Ernst und ihre praktische Bedeutung in Frage stellen. Irgendwelche konkreten Vorbereitungen dafür, den Schutz für den Fall eines tatsächlichen Angriffskrieges wirksam zu machen, sind nicht sichtbar. Der Wille, diesen Schutz zu gewähren, ist seit der Genfer Zusammenkunft im Hochsommer des letzten Jahres nicht mehr ausgesprochen worden, seitdem die Gefahr wirklich brennend geworden ist. Die Haltung aller Mächte, ohne Ausnahme, ist vielmehr dazu angetan, die arabischen Kriegsabsichten zu ermutigen und dazu beitragen, daß sich das militärische Kräfteverhältnis dauernd zuungunsten des bedrohten Staates Israel verschiebt. Die arabischen Staaten werden gestärkt, die Möglichkeiten des Staates Israel, sich selbst zu helfen, geschwächt. Selbst wenn einige der großen Mächte dem Staat Israel im Ernstfall zu Hilfe kommen sollten, so würde diese Hilfe mangels seriöser Vorbereitungen und Entschlüsse so spät kommen, daß dasjenige, was von der Regierung und vom Volk Israels in den letzten sieben Jahren aufgebaut worden ist, mindestens von der Luft her zerstört sein wird, bevor sich die Hilfe auswirkt. Leider aber wird es von Monat zu Monat ungewisser, ob der Schutz im Ernstfall überhaupt gewährt werden wird. Die englische Regierung hat bereits angedeutet, daß sie zu einem Schutz nur bereit sein wird, wenn Israel vorher recht empfindliche territoriale Zugeständnisse macht. Kann sich Israel dazu nicht entschließen, dann bleibt es im Fall eines arabischen Angriffskrieges ohne Schutz. Es wiederholt sich

also hier die Politik, die England im Jahre 1938 der Tschechoslowakei gegenüber angewendet hat. Das Ergebnis dieser Politik droht denn auch wieder ähnlich zu werden, wie es im Jahre 1938 in der tschechoslowakischen Frage gewesen ist.

Dies alles vollzieht sich spätestens seit dem Herbst 1955 vor den Augen der ganzen zivilisierten Welt, vor den Augen der Vereinten Nationen, vor den Augen der Parlamente aller freien und demokratischen Völker. Kaum eine einzige Stimme erhebt sich gegen dieses heraufziehende Unheil in irgendeiner Zeitung der freien Welt, in irgendeiner Organisation freier Bürger. Wenn der Staat Israel und seine Bewohner heute Ausschau halten nach Kräften, die ihnen im Fall äußerster Gefahr Hilfe gegen das Unrecht eines Krieges gewähren, so können sie kein anderes Gefühl haben, als das Gefühl der Verlassenheit und des Preisgebens. Unter diesen Umständen liegt es psychologisch und politisch leider nahe, daß Israel zur Stärkung des Selbstbehauptungswillens seiner eigenen Bevölkerung eine demonstrative Politik der Stärke betreibt und damit die Bereitschaft gerade derjenigen Staaten, die sich diesem Lande am nächsten verbunden fühlen, schwächt. Da sich alle diese Staaten heute in einer sehr schwierigen Lage befinden, sind sie leider geneigt, jede Ausrede begierig zu ergreifen, die es ihnen erleichtert, vor ihrer moralischen Pflicht auszuweichen.

II.

Vor kurzem hat Herr Chruschtschow in einem Interview erklärt, ein Krieg zwischen den arabischen Staaten und Israel werde der Beginn eines dritten Weltkrieges sein. Das klingt wie eine Warnung an beide Seiten, wie ein Versuch, den Frieden zu wahren und die arabischen Staaten davon abzuhalten, zum Krieg zu schreiten. In Wahrheit bedeutet es das genaue Gegenteil. Es bedeutet nämlich, daß im Falle des Ausbruchs eines Krieges zwischen den arabischen Staaten und Israel nicht etwa alle anderen Staaten dem Angreifer in den Arm fallen und eine friedliche Schlichtung der Gegensätze erzwingen, sondern daß in diesem Falle ein Teil der Mächte für die arabischen Staaten und ein anderer Teil für Israel Partei ergreift und daß sie diesen lokalen Streit zum Anlaß nehmen, die Gesamtheit ihrer eigenen Gegensätze in einem neuen Weltkrieg auszutragen. Damit aber wird es in die Hand der arabischen Staaten und des Staates Israel gelegt, den dritten Weltkrieg auszulösen. Es leuchtet ein, daß, wenn alle Mächte entschlossen sind, einen etwa ausbrechenden arabisch-israelischen Krieg mit Gewalt zu verhindern, aus diesem arabisch-israelischen Krieg kein Weltkrieg entstehen *kann*, vielmehr der entfachte lokale Kriegsfunkte wieder ausgetreten wird. Wer deshalb angesichts dieser offenkundigen Wahrheit erklärt, daß ein arabisch-israelischer Krieg notwendig zu einem dritten Weltkrieg führen wird, der erklärt, daß er entschlossen ist, diesen arabisch-israelischen Krieg, sobald er ausbrechen sollte, zu einem dritten Weltkrieg auszuweiten. Die Ankündigung Chruschtschows kann nur dahin verstanden werden, daß Rußland eine bewaffnete Intervention der Westmächte gegen einen arabischen Angriff *nicht* dulden wird. Vor diese Situation hat Chruschtschow die Westmächte mit seinem Interview gestellt. Das ist die Lage.

III.

Die arabischen Politiker behaupten, der Staat Israel sei von den imperialistischen Kolonialmächten als ein Brückenkopf ihrer Herrschaft im Vorderen Orient auf einem Gebiet errichtet worden, das ihnen nicht gehört, sondern von den Arabern besiedelt war. Herr Chruschtschow hat vor wenigen Tagen dieser Deutung aus-

drücklich beigestimmt, obwohl sein eigenes Land durch seinen Eintritt in den Völkerbund sowohl der Tatsache des Völkerbundsmandats Palästina als auch der Ausübung dieses Mandats durch Großbritannien jedenfalls nachträglich beieigepflichtet hat. Der Staat des Herrn Chruschtschow hat aber des ferneren den Staat Israel auch nach seiner Gründung im Jahre 1948 anerkannt und die vollen diplomatischen Beziehungen mit diesem Staat aufgenommen. Rußland gehört in den Kreis der Mächte, die sich in der Vergangenheit mindestens als moralische Garanten eines selbständigen jüdischen Staats auf palästinischem Boden betätigt haben.

Im übrigen weiß alle Welt, daß Israel nicht von Imperialisten, Kolonialisten und Kapitalisten errichtet worden ist, sondern von jüdischen Bauern, Arbeitern und Pionieren, und daß die Idee, die hier verwirklicht wurde, nicht die Idee des Imperialismus, des Kolonialismus oder des Kapitalismus, sondern die Idee des Zionismus war. Der Idee des Zionismus aber liegt kein anderes Motiv zugrunde als dies: fast zwei Jahrtausende haben die Juden nach der Vernichtung ihres Staats durch die Römer ohne Staat unter fremden Staaten und Völkern gelebt. Dieses Leben in der Fremde war für die Juden, wenn man von gelegentlichen Unterbrechungen absieht, ein Leben der Entwürdigung, ein Leben der Unterwerfung, ein Leben in der Verfolgung, in der Schmach, in der Ausbeutung, in der Gefahr. Auch der Anbruch des Zeitalters der Menschenrechte, der Demokratie, der Emanzipation beseitigte die Gefahr und die Entwürdigung keineswegs: es zeigte sich, daß sie von den Juden nur durch Assimilation, d. h. durch völliges Aufgehen der Juden in den anderen Völkern, hätte abgewendet werden können. Der Gedanke, einen eigenen Staat zu errichten, hat also nur einen einzigen Anlaß, und dieser Anlaß war das Schicksal, das alle anderen Völker dieser Erde den Juden bereitet haben, solange sie keinen eigenen Staat besaßen.

Wenn die Sieger des ersten Weltkriegs das moralische Recht der Juden anerkannten, einen eigenen Staat zu haben¹, so war das *einzige* Motiv dieser Anerkennung das Bewußtsein der Schuld aller Völker an dem unwürdigen und schrecklichen Schicksal der Juden vom Ende der Antike bis zum heutigen Tag, mindestens das Bewußtsein des eigenen Unvermögens, in ihren eigenen Staaten den Juden eine angemessene Existenz zu bieten. Wie wenig es ihnen darum zu tun war, einen Brückenkopf im Vorderen Orient zu errichten, zeigt die Tatsache, daß die Alliierten des ersten Weltkriegs und die Mitglieder des Völkerbunds an den künftigen jüdischen Staat keine einzige Forderung gestellt haben. Sie haben nicht verlangt, daß dieser Staat ein kapitalistischer Staat sein oder mit kapitalistischen Staaten verbunden sein soll. Der künftige jüdische Staat besaß volle Freiheit, ein sozialistischer, auch ein kommunistischer Staat zu sein, wenn seine Bewohner das wünschen und beschließen sollten. Es wurde nicht verlangt, daß der künftige Staat der Juden sich als Brückenkopf Europas oder Amerikas etablieren sollte. Die Westmächte stellten sich vielmehr nichts anderes vor, als daß dieser Staat, als ein vorderasiatischer Staat neben anderen vorderasiatischen Staaten, ein guter Nachbar dieser Staaten werden sollte, unabhängig von jeder Bindung an irgendeine Mächtegruppe. Wenn es auf dem Gebiet der Außenpolitik jemals eine uneigennützige und selbstlose Tat gegeben hat, dann war es die Errichtung des Völkerbundsmandats Palästina am Ende des ersten Weltkriegs. Man kann vielleicht sagen, daß es eine Uneigennützigkeit ohne eigene Opfer, vielleicht sogar eine Uneigennützigkeit auf fremde Kosten gewesen sei.

¹ Die genaue Formel lautete: „establishment of a national home for the Jewish people.“ (Anmerkung der Red. des Rundbriefs)

Gut. Aber man kann *nicht* sagen, daß es eine imperialistische, kolonialistische oder kapitalistische Eigennützigkeit gewesen sei. Wer dies sagt, verfälscht die geschichtliche Wahrheit.

Nun beklagen sich aber die arabischen Staaten, daß die alliierten Mächte für die Errichtung eines selbständigen jüdischen Staats nicht eigenen Grund und Boden zur Verfügung gestellt hätten, sondern daß sie fremdes, arabisches Land dafür bestimmt hätten, ohne die Bewohner dieses Landes zu fragen, ja, entgegen ausdrücklichen vertraglichen Zusagen, die England während des ersten Weltkrieges arabischen Politikern und arabischen Stämmen gegeben habe. Auch das entspricht der geschichtlichen Wahrheit nicht ganz. Erstens haben die Alliierten das Mandatsgebiet Palästina nicht auf dem Boden eines arabischen Staats errichtet, sondern auf einem Territorium, das sie mit dem Blut ihrer Soldaten und unter großen materiellen Opfern dem *türkischen* Staat abgenommen hatten. Von den sechs arabischen Staaten, die heute bestehen, verdanken fünf ihre staatliche Existenz dem Sieg der alliierten Truppen im ersten Weltkrieg. Vor diesem Siege waren sie türkische Provinzen. Man mag den Anteil arabischer Stämme an der Befreiung ihres Landes von türkischer Herrschaft so hoch wie immer bewerten: ohne den Sieg der Alliierten über die Mittelmächte auf den europäischen Kriegsschauplätzen und ohne Sieg der englischen Truppen in Palästina, dem heutigen Jordanien, Syrien und Libanon, würden diese großen Gebiete, die heute arabische Staaten sind, nach dem ersten Weltkrieg türkische Provinzen geblieben sein. Man kann es allerdings den Arabern nicht zum Vorwurf machen, daß sie ihr Land nicht aus eigener Kraft befreit haben, denn die Kriege unserer Zeit werden nicht nur mit Menschen, sondern mit Maschinen, Apparaturen und Organisationen geführt, die den arabischen Stämmen damals nicht zur Verfügung standen und die sie nicht bedienen konnten. Das Blut und die Waffen europäischer und amerikanischer Völker waren es, die den entscheidenden Anteil an der Entstehung der heutigen arabischen Staaten Saudiarabien, Jordanien, Irak, Syrien und Libanon gehabt haben.

Zweitens kommt noch ein weiterer Umstand hinzu. Der Umstand nämlich, daß sich die Staaten, die den ersten Weltkrieg gewonnen haben, keineswegs ausschließlich von Beweggründen imperialistischer Expansion haben bestimmen lassen, wie eine gehässige Propaganda behauptet, obwohl diese Staaten natürlich nicht völlig frei von selbstsüchtigen Wünschen und Interessen waren. Sie ließen sich aber gleichzeitig, und zwar insbesondere im Verhältnis zu der arabischen Welt, auch von Prinzipien bestimmen, die selbstlos waren, so vor allem von dem Prinzip des Rechts von Nationalitäten auf politische Selbstbestimmung und auf Eigenstaatlichkeit in den von ihnen bewohnten Gebieten. Dies aber waren Prinzipien liberaler und demokratischer Herkunft; sie sind älter als der Sozialismus und sehr viel älter als der Kommunismus, der heute in den Sowjetrepubliken zur Herrschaft gelangt ist. Die Behauptung, daß die Sowjetstaaten die Freunde, die freien demokratischen Staaten der westlichen Welt aber die Feinde und Bedroher der jungen nationalen Staaten oder der Staaten seien, die heute noch um ihre nationale Eigenstaatlichkeit ringen, entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Die genannten arabischen Staaten verdanken ihre heutige Freiheit nicht der UdSSR, sondern dem Siege der Westmächte im ersten Weltkrieg und dem freiwilligen und unentgeltlichen Verzicht dieser Mächte auf die Behauptung von Herrschaftspositionen, die sie im Zeitpunkt ihres Sieges zweifellos besaßen.

Der einzige Preis, den die Westmächte — mit Einverständnis der am Völkerbund beteiligten Staaten und unter nachträglicher Billigung der UdSSR — für ihre

Befreiungstat verlangt haben, war die Unterstellung eines kleinen Gebietes von der Größe etwa des ehemaligen Großherzogtums Baden unter die Mandatsverwaltung des Völkerbunds für die Zwecke der Errichtung eines selbständigen jüdischen Staates, eines Gebiets, das unbestrittenerweise zum Teil von arabischer Bevölkerung besiedelt war. Aber hier handelt es sich nicht um ein eigennütziges Ziel, sondern um das humanitäre Ziel der Wiedergutmachung eines Menschheitsunrechts gegenüber dem mißhandelten Volk der Juden. Diese Völker, von denen viele schwere Opfer an Blut und Gut für die Befreiung arabischen Landes gebracht hatten, glaubten, auch von den befreiten Arabern ein Opfer für dieses edle Ziel fordern zu können. Würden die Araber im Prinzip zugestimmt, aber gefordert haben, daß ihnen für die Überlassung eines kleinen Gebiets noch ein weiterer Preis gezahlt werden sollte, so würde der Völkerbund über diese Forderung sicherlich verhandelt und ein billiges Entgegenkommen bestätigt haben.

Leider haben die Araber von Anfang an eine rein ablehnende und negative Haltung eingenommen und wenig Dankbarkeit und Verständnis bewiesen. Schon während der Mandatszeit haben sie bei der Mandatsmacht erreicht, daß diese die weitere Einwanderung von Juden sperrte, selbst noch zu einer Zeit, in der Hitler viele Hunderttausende von gemarterten und beraubten Juden über die Grenzen getrieben hatte, die nunmehr in Palästina Zuflucht suchten. Ein prominenter Exponent der arabischen Bevölkerung Palästinas, der von dem britischen Hochkommissar Lord Samuel — selbst einem Juden — zum Großmufti von Jerusalem eingesetzt und mit sehr hohen Einkünften ausgestattet worden war, beteiligte sich im Hauptquartier Hitlers persönlich an dessen erbarmungslosen Verbrechen an den Juden, indem er Verwahrung einlegte, wenn Hitler, was freilich selten geschah, die Entlassung von Juden aus seinen Konzentrationslagern beabsichtigte. Trotz der araberfreundlichen Haltung der englischen Mandatsverwaltung veranlaßten der Großmufti und seine Anhänger Aufstände und Terrorakte in Palästina und stifteten einen nicht abreißenden Bürgerkrieg zwischen ansässigen Juden und ansässigen Arabern, der schließlich solche Ausmaße annahm, daß die englische Regierung im Jahre 1948 den Entschluß faßte, das Mandatsgebiet Palästina zu räumen. Am Tag der Räumung fielen Teile der in Palästina ansässigen Araber unter Führung des Großmufti über die Juden her und eröffneten ägyptische und transjordanische Truppen Krieg gegen den neuerrichteten Staat Israel. In diesem Krieg vermochte sich Israel zu behaupten. Er wurde durch einen Waffenstillstand beendet, der von den Vereinten Nationen gefordert worden war, der bis heute besteht und nach dem Willen der Vereinten Nationen niemals wieder in Krieg übergehen darf. Das einzige, was jetzt noch zu tun bleibt, ist der Abschluß eines endgültigen Friedens zwischen den arabischen Staaten und Israel. Dieser Friede, zu dem Israel bereit ist, wurde von den arabischen Staaten bis heute verweigert.

Seit dem arabischen Krieg hat sich Israel unter den schwierigsten Umständen zu einem industrialisierten Sozialstaat mit fortschrittlicher Landwirtschaft entwickelt. Es ist ihm gelungen, in den Formen einer freiheitlichen, demokratischen Verfassung die sozialen Mißstände, wie sie beim plötzlichen Entstehen industrialisierter Gesellschaften aufzutreten pflegen, mit einem geschichtlich beispiellosen Erfolg zu vermeiden. Wenn sich irgendein Staatsgebilde der Welt durch die Tat geeignet gezeigt hat, Völkern, die eine industrielle Entwicklung nachholen wollen, ein praktisches Vorbild und ein selbstloser Lehrmeister zu sein, so ist es der junge Staat Israel. Man sollte denken, daß die arabischen Staaten allen Anlaß haben, diesen kleinen Nachbarn

hochwillkommen zu heißen und ihn als wahren Freund zu begrüßen. Anstatt dessen haben sie vorgezogen, einem Nationalismus zu huldigen, der im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts die furchtbarsten Verwüstungen und Katastrophen hervorgerufen hat. Und während die europäischen Staaten heute im Verein mit den USA diesem Exzeß des Nationalismus zu steuern, ihn zu mäßigen und zurückzubilden versuchen, peitschen die UdSSR und ihre Trabanten diesen Nationalismus zur Siedehitze an, sie, die einer Doktrin huldigen, die im 19. Jahrhundert eben diesem Nationalismus und Chauvinismus als einem kapitalistischen Laster den entschiedensten Kampf — und zwar einen berechtigten Kampf — angesagt hatten. Ein Beweis für den Zerfall in Lüge und Zynismus, den die großen Staats- und Gesellschaftsideen des 18. und 19. Jahrhunderts einschließlich der kommunistischen im 20. Jahrhundert haben erdulden müssen.

IV.

Es ist unnatürlich, daß die Beziehungen zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten, die eine Gelegenheit friedlicher, nachbarschaftlicher Verständigung zum beiderseitigen Nutzen und im Interesse der Selbständigkeit der Staaten des Vorderen Orients sein sollten, heute die große Sorge der Weltmächte geworden sind und sie — sehr gegen ihren Willen — zur Einmischung zwingen. So droht eine gute Tat, nämlich die Errichtung eines jüdischen Staates, die Menschheit heute an den Rand eines neuen Krieges zu bringen und außerdem neues Unheil über das Haupt der Juden heraufzubeschwören, obwohl diese gute Tat ins Werk gesetzt worden ist, um zwei Jahrtausende großen unverdienten Leides für dieses unglückliche Volk zu beenden und eine glücklichere Epoche in der Geschichte des Judentums einzuleiten. Es hing von einem einzigen Glied in der Kette der sittlichen Kräfte ab, nämlich von den arabischen Staaten, diesen Erfolg zu verwirklichen. Aber dieses einzige, freilich entscheidende Glied hat bis heute seine Mitwirkung hartnäckig verweigert und lehnt es rundheraus ab, auch nur das kleinste Opfer zu diesem Menschheitsziel beizusteuern. Und dies in einer Zeit, in der anderen großen Staaten, den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland sehr viel größere und schmerzlichere Opfer im Interesse des Völkerfriedens und einer Organisation des friedlichen Zusammenwirkens zwischen den Staaten zugemutet werden. Eine einzige Staatengruppe, die von den großen Staaten eine Fülle von Freundschaft und Hilfe erfahren hat, fordert für sich die völlige und restlose Erfüllung aller ihrer Wünsche und lehnt den Verzicht auf irgendeinen dieser Wünsche radikal ab. Sie nimmt zwar die Solidarität der Welt in Anspruch, ist aber nicht gesonnen, zu ihr beizutragen. Die tragische Spannung zwischen den Staaten der freien Welt und dem sowjetischen Machtblock hat diese Staatengruppe politisch in die Lage versetzt, auf der Erfüllung ihrer schrankenlosen Wünsche zu bestehen und die Hand an die Zündschnur zu legen, die eine Explosion der Gegensätze zwischen diesen beiden Blöcken auslösen könnte. Die russische Politik dieser Tage ermutigt die arabischen Staaten in ihrer Haltung der Unnachgiebigkeit mit Bedacht und nach Kräften. In seinem erwähnten Interview hat Herr Chruschtschow erklärt, daß der Sieg der arabischen Forderung auf Liquidierung des Staates Israel geschichtlich unabwendbar sei, wenn die arabischen Staaten sich nur stark machten und Geduld bewiesen. Das geschichtliche Gesetz, das hier den arabischen Ansprüchen den Sieg bringen soll, ist freilich nicht das geschichtsdialektische Gesetz von Karl Marx, das den unterdrückten sozialen Klassen den Sieg des Sozialismus verheißt, sondern es

ist das Gesetz vom Sieg der nationalstaatlichen Idee, das von den Kommunisten des 19. Jahrhunderts niemals als ein geschichtliches Gesetz anerkannt, vielmehr radikal verworfen worden ist. Es spricht allerdings vieles dafür, daß junge Nationalstaaten mit ihren Ansprüchen geschichtlichen Erfolg haben werden, wenn sie diese Ansprüche nur mit der erforderlichen Starrheit und Rücksichtslosigkeit vertreten und sich hierbei auf den Beistand einer Weltmacht verlassen können, die, im Gegensatz zu den demokratischen Staaten der freien Welt, infolge ihrer totalitären und diktatorischen Verfassung über einen friedensgefährdenden Vorsprung an geballter, konzentrierter und zentralisierter Gewalt verfügt. Es leuchtet aber ebenso sehr ein, daß kein geschichtliches Gesetz besteht, das den Staat Israel mit dem notwendigen Untergang bedroht, sobald sich die arabischen Staaten dazu entschließen, das humane Ziel der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina in ihren eigenen Willen aufzunehmen und aus freier politischer Überzeugung für dieses Ziel das Opfer des Verzichts auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet zu bringen. Kein geschichtliches Gesetz zwingt irgendein Volk, den nationalistischen Egoismus zu Tode zu reiten.

Solange aber die arabischen Staaten an diesem outrierten Nationalismus festhalten und hierin von der UdSSR so sehr ermutigt werden, wie dies vor kurzem wieder geschehen ist, sehen sich allerdings die freien demokratischen Völker vor die tragische Entscheidung gestellt, entweder an ihrer politischen Verantwortung festzuhalten, die sie den Juden und dem Staate Israel gegenüber übernommen haben und damit zu riskieren, daß die Unterstützung Israels gegen einen arabischen Angriff einen Krieg mit Rußland auslöst, oder aber um der Abwendung dieser Kriegsgefahr willen Israel in der gleichen unehrenhaften Weise preizugeben, in der im Jahre 1938 der tschechoslowakische Staat preisgegeben worden ist. Es ist kein leichter Entschluß für die freien Staaten der Welt, im Falle eines arabischen Angriffs auf Israel Soldaten nach Palästina zu schicken auf die Gefahr hin, daß sie wenige Monate später Millionen und aber Millionen von Soldaten an unzählige Grenzen dieses Erdballs schicken müssen. Die Versuchung, aus begreiflicher Furcht vor einem solchen unvorstellbaren Unglück das Volk der Juden zum tausendsten und aber tausendsten Mal wiederum preizugeben, liegt in der Tat nahe, und es ist nicht einmal leicht, die Regierungen zu schelten, wenn sie mit dieser Versuchung kämpfen. Es ist ein geringer Trost, die Verantwortung für diesen Verrat an einem unabdingbaren moralischen und humanen Ziel auf die arabischen Staaten und auf die russische Politik abzuwälzen. Denn dieser Streit um die Schuld kann den Juden und den Bewohnern eines kleinen preisgegebenen Staates dann ja nicht mehr helfen¹.

¹ Seitdem diese Zeilen geschrieben wurden, ist die Krise um den Suez-Kanal ausgebrochen und hat bei manchen Freunden Israels die Meinung wachgerufen, dieses stehe nun nicht mehr so isoliert gegenüber seinen sämtlichen Nachbarstaaten da, sei vielmehr in eine Art Solidarität der westlichen Welt einbezogen, so daß die vorstehend geäußerten Befürchtungen überholt wären.

Davon kann keine Rede sein. Abgesehen von der inneren Fragwürdigkeit, die selbst einer solchen Solidarität mit den „Kolonialisten“ innewohnen würde, als welche die Verteidiger der Suezkanalgesellschaft gegen Nassers Enteignung nun einmal in den Augen eines erheblichen Teils der Weltöffentlichkeit dastehen, ist festzustellen, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten gar nicht daran gedacht haben, aus ihrem eignen Konflikt mit Nasser und den ihn unterstützenden Araberstaaten die Konsequenz einer Unterstützung Israels gegenüber ebendenselben Mächten zu ziehen. Sie haben sich vielmehr auf die Wahrung ihrer eignen Interessen beschränkt und ängstlich vermieden, für die-jenigen Israels unzweideutig einzutreten, die durch denselben Nasser in Gestalt der Sperrung desselben Suezkanals entgegen den Beschlüssen der Vereinigten Nationen seit Jahren ungestraft verletzt werden. So ist auch der Staat Israel nicht zur Londoner Konferenz über die Frage des Kanals beigezogen worden, der doch der einzige Staat der Welt ist, dem

Aber dieser Verrat darf nicht verübt werden. Die freien Nationen müssen den arabischen Staaten ihren unerschütterlichen Willen bekunden, den Staat Israel gegen einen arabischen Angriff mit militärischen Sanktionen zu sichern. Sie müssen die UdSSR auffordern, sich an einem solchen Schritt zu beteiligen. Natürlich darf die Garantie nicht einseitig sein: die arabischen Staaten müssen in gleicher Weise gegen einen etwaigen israelischen Präventivkrieg geschützt werden. Beide Seiten müssen wissen, daß die großen freien Staaten nicht nur für sich selbst auf die Anwendung von Gewalt verzichten, sondern daß sie die Anwendung von Gewalt auch im Vorderen Orient nicht dulden werden, daß sie eine solche Gewaltanwendung mit Gewalt verhindern werden. Die Bereitschaft zu diesem Schutz darf an keine Bedingung, insbesondere nicht an die Bedingung irgend welcher territorialer Zugeständnisse geknüpft werden. Über ihre Grenzen mögen sich die arabischen Staaten und Israel in friedlichen Verhandlungen verständigen. Sobald solche Verhandlungen einmal eingeleitet werden, steht es jedem Staat frei, seine vermittelnden Dienste anzubieten, falls sie gewünscht werden sollten. Bis dahin aber hat es bei dem status quo des gegenwärtigen Waffenstillstands zu verbleiben.

Sollten sich die freien Staaten zu einer solchen Politik entschließen und sollte Rußland einem solchen Entschluß nicht beitreten, so wird trotzdem aus der Israelfrage ein dritter Weltkrieg *nicht* entstehen. Die Russen werden ihn nicht auslösen, wenn die freien Staaten im Ernstfall den Ausbruch eines arabisch-israelischen Kriegs mit Gewalt verhindern, also etwas tun, was so offensichtlich der Erhaltung des Friedens und der Anbahnung einer gerechten Lösung dient. Beklagenswerter als die bedauerliche, undurchsichtige und unentschlossene politische Haltung der freien Staaten in dieser Frage ist es aber, daß sich in der gesamten Öffentlichkeit dieser Staaten kaum eine einzige Stimme von Gewicht und Autorität erhebt, um die Regierungen an ihre unabdingbare moralische und politische Pflicht zu erinnern und für ein bedrohtes Volk einzu-

die dort debattierte freie Durchfahrt durch den Kanal bis heute tatsächlich verweigert wurde, obwohl der Sicherheitsrat dies wiederholt als Rechtsbruch festgestellt hatte. Ja, in den letzten Wochen hat England sogar eine von ihm gewünschte Sicherung seines jordanischen Bündnispartners gegen etwaigen ägyptischen Zugriff durch mit ihm verbündete irakische Truppen unter dem Vorwand versucht, diese Truppen seien zum Schutze Jordaniens gegen Israel nötig, obwohl feststehen dürfte, daß Israel keineswegs an einen 'Präventivkrieg' gegen Jordanien denkt, sondern nur versucht hat, die jahrelangen vergifteten 'Nadelstiche' der Nachbarregierungen durch 'Räuber', 'wahnsinnig gewordene' Maschinengewehrschützen und ägyptische Selbstmordkommandos endlich einmal mit so massiven Gegenschlägen zu beantworten, daß den Partnern die Lust vergehen sollte, jene Nadelstiche weiter zu betreiben.

Es ist eine — ganz überaus schwer zu beantwortende — politische und psychologische Frage, ob diese massiven Gegenschläge Aussicht haben, ihren Zweck zu erreichen oder nicht; eine Frage, auf die sich aus dem europäischen Abstand von den Ereignissen und der Mentalität der Arabienführer heraus keine verantwortbare Antwort finden läßt.

Wohl aber läßt sich sagen, daß zunächst die arabische Propaganda von diesen Gegenschlägen und der damit verbundenen Bräskierung der Waffenstillstandskommission der Vereinigten Nationen profitiert hat, insofern es leicht war, die Reaktionen Israels auf sogenannte 'kleine Zwischenfälle' als maßlos übertrieben hinzustellen, wenn man systematisch vergaß, durch welche ununterbrochene Serie solcher entnervender Zwischenfälle seit bald zehn Jahren diese Reaktionen provoziert waren.

Um so nötiger ist es, daß alle, die es mit Israel ehrlich meinen, auf die Gefahr hinweisen, daß hier bequeme Vorwände dafür geschaffen zu werden drohen, um in der Meinung der westlichen Welt Israel als den eigentlichen Friedensstörer hinzustellen, zu vergessen, was wir alle ihm schuldig sind und es womöglich eines Tages auf dem Altar der Versöhnung zwischen 'Ost' und 'West' als Schlachtopfer darzubringen. Auch die Herausgeber des Rundbriefs können nur mit Sorgen daran denken (wie es Professor Bohm kürzlich ausdrückte), was geschehn würde, wenn Ägypten sich eines Tages bereit erklären sollte, den großen Mächten in der Kanalfrage weit entgegenzukommen — unter der einzigen kleinen Bedingung, daß diese christlich-abendländischen Mächte dafür Ägypten freie Hand gegenüber Israel zugestehen würden. (Anmerkung der Redaktion des Rundbriefs)

treten, das erst vor wenigen Jahren unter Verlust von Millionen unschuldiger Angehöriger einem Ausrotungsversuch von grauenhaftem Umfang entronnen ist. Wenn irgendein Volk Anlaß hat, diese Stimme heute zu erheben, dann ist es das deutsche. Daß hiermit politische Gefahren und ernste Nachteile für lebenswichtige deutsche Anliegen heraufbeschworen werden können, darf kein Grund für uns sein, zu schweigen und dazu beizutragen, daß sich die Welt psychologisch auf einen von ihr nicht verhinderten Untergang des Staates Israel vorbereitet und sich schon jetzt die Entschuldigungsgründe für eine solche schimpfliche Haltung zurechtlegt.

Der Staat Israel muß auf dem Boden Palästinas erhalten bleiben. England hat im ersten Weltkrieg zugesagt, die Bildung eines solchen Staats herbeizuführen. Der Völkerbund hat zu diesem Behuf ein Mandat errichtet. Unter diesem Mandat haben die Juden Palästina besiedelt und den Grund für ihren Staat gelegt. Als die Mandatsmacht England das Land verließ, haben die Juden Palästinas den Staat Israel proklamiert. Als arabische Staaten das neue Staatsgebilde mit Krieg überfielen, hat es sich im Krieg behauptet. Die Vereinten Nationen haben sodann den Waffenstillstand gefordert und erreicht. Die Welt trägt eindeutig die Verantwortung dafür, daß der Staat Israel entstanden ist und daß er heute innerhalb seiner heutigen Grenzen existiert. Sie hat diese Verantwortung aus Gründen der Moral und der Gerechtigkeit übernommen, aus Gründen, die vor dem Weltgewissen Bestand haben. Ein Rückfall aus dieser Politik der Prinzipien in eine Politik des rohen und nackten Machiavellismus wäre Verrat. Das 20. Jahrhundert hat solchen Rückfall bereits mit zwei Weltkriegen bezahlt. Nur ein dritter Rückfall, nicht aber der entschlossene Widerstand gegen ihn, würde den dritten Weltkrieg zur Folge haben.

Gewiß, auch dieser Widerstand aus Gründen der politischen Vernunft und des Gewissens fordert von der Welt die Bereitschaft zu Opfern und Risiken. Ohne Opfer ist nichts Gutes auf dieser Welt zu erreichen, auch der Friede nicht. Sie müssen im Falle des arabisch-israelischen Konflikts von uns in Kauf genommen werden, wenn auch nur ein Funke von Wille in uns lebendig ist, einer schweren Schuld niedrigen Hasses und verbrecherischer Erbarmungslosigkeit gegenüber den Juden, wie insbesondere wir Deutschen sie auf uns genommen haben, eine Tat entscheidender Hilfe folgen zu lassen. Das Volk der Juden ist ein ehrwürdiges Volk; die Welt schuldet ihm unermesslichen und unauslöschlichen Dank. Nicht nur für das, was es in alter Zeit getan hat, als es noch ein Volk im eigenen Land war, sondern auch dafür, was es an Kräften der Selbstbehauptung und kultureller Wirkungsmacht in den zwei Jahrtausenden der neueren Geschichte bewahrt hat, in einer Zeit, in der alle anderen Völker versuchten, es zu verderben, zu verknechten und zu demoralisieren.

Wenn heute die Regierungen schwankend und schwach werden, dann muß die öffentliche Meinung diese Regierungen an ihre Pflicht und an ihre Verantwortung erinnern. Und wenn die öffentliche Meinung stumm bleibt, dann müssen wenigstens diejenigen Verbände die Gewissen aufrütteln, die sich die Verständigung zwischen Juden und Christen zum Ziele setzen. Und wenn innerhalb dieser Verbände Gruppen vorhanden sind, die der Ansicht sind, daß sich private Vereine auf private Vereinsmeierei beschränken sollten, aber ihre Grenzen überschritten, wenn sie ihre Stimme in der Öffentlichkeit erheben, dann müssen wenigstens diejenigen reden, die nicht dieser Ansicht sind. Reden auch diese nicht, dann werden die Steine reden.